

von schwarzen Westindern der Mittelschicht wie E. R. Braithwaite ausgingen. Schließlich verbanden sich auch positive Bilder der Zugewanderten aus der Karibik mit stereotypisierenden Annahmen über deren Lebensstil und Charaktereigenschaften. Selbst bei der fiktionalen Beschreibung oder dokumentierten Äußerungen von Ehepaaren mit einem englischen und westindischen Hintergrund spielte die Rassifizierung des jeweils anderen nicht selten eine Rolle.

Rob Waters zieht aus seinen differenzierten Befunden einen weitreichenden Schluss: „I do not believe that the racist/anti-racist, prejudiced/tolerant framework [...] helps us to understand how race worked in the past, nor how it works now“ (S. 239). Ziel einer Studie wie der seinen könne es nicht sein, die Akteure von damals als geheime Rassisten zu enttarnen; das Ziel könne nur darin bestehen, sie zu historisieren. Diese Aufgabe erfüllt das Buch in herausragender Weise.

Habbo Knoch, Im Namen der Würde. Eine deutsche Geschichte. München,
Hanser 2023. 480 S., € 29,-. // DOI 10.1515/hzhz-2025-1047

Christian Hillgruber, Bonn

Mit „Im Namen der Würde“ hat Habbo Knoch eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland im Spiegel der Fundamentalgarantie des Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes vorgelegt.

Man kann diese Geschichte in der Tat als einen nicht linear und widerspruchsfrei verlaufenden und auch mit Rückschlägen behafteten Prozess der allmählichen Entfaltung des Bedeutungspotentials ihres Gründungsversprechens lesen. Schon im Parlamentarischen Rat von Carlo Schmid als „der eigentliche Schlüssel für das Ganze“ des Grundgesetzes charakterisiert, wurde die Garantie der Menschenwürde auch gesellschaftlich zunehmend zum Fluchtpunkt vielfältigster politischer Forderungen nach mehr Freiheit, Gleichheit und Schutz. Die großen, die Geschichte der Bundesrepublik prägenden politischen Auseinandersetzungen lassen sich als Kämpfe um Deutung und Durchsetzung dessen begreifen, was das Grundgesetz in einer „uninterpretierten These“ (Theodor Heuss) als die unantastbare „Würde des Menschen“ bezeichnet hat.

Immer wieder haben sich die verschiedensten Akteure – seit dem Ende der 1960er Jahre vor allem Emanzipationsbewegungen – explizit oder implizit auf sie berufen und die nach der Ausgrenzungs-, Demütigungs- und Vernichtungspolitik der natio-

nalsozialistischen Herrschaft im Grundgesetz ganz bewusst universalistisch konzipierte Würde auch für sich reklamiert.

Ihre mit dem Attribut der „Unantastbarkeit“ belegte absolute Geltung und Uneinschränkbarkeit machte die Menschenwürdegarantie dabei nicht nur rechtlich, sondern auch politisch zur Trumpfkarte; denn jeder auf sie gestützte Anspruch auf Achtung und Schutz muss unbedingt erfüllt werden.

Während in den 1950er Jahren unter dem Vorzeichen eines dominanten christlichen Personalismus ein Menschenwürdepathos „als moralische Ressource einen Wiederaufbau mit vielfältigen Modernisierungsimpulsen und Widersprüchen“ (S. 184) stabilisiert und als „antitotalitäre[r] Schutzwall“ fungiert hat, avancierte die Menschenwürdegarantie seit den 1960er Jahre immer mehr zum normativen Anker geltend gemachter Ansprüche auf weitestgehende individuelle und gesellschaftliche Autonomie. Eine seit dem Ende der 1980er Jahre im Vordringen begriffene Deutung stellt die sich aus seiner Unvollkommenheit und Unzulänglichkeit ergebende Verletzlichkeit des Menschen und seine daraus folgende Schutzbedürftigkeit in den Mittelpunkt der Menschenwürdegarantie. Damit werden vor allem vulnerable Menschengruppen in den Blick genommen.

Knoch folgt in seiner Darstellung der Entwicklung allzu bereitwillig dem bekannten, aber doch jedenfalls in dieser Pauschalität fragwürdigen Deutungsmuster, dem zufolge die würdebasierte liberale Demokratie in der Bundesrepublik erst Ende der 1960er Jahre angekommen sei (S. 300). Sehr eindrücklich zeigt der Verfasser allerdings „die Vielfalt, Widersprüchlichkeit und Kontingenz der Geschichte der Menschenwürde in der Bundesrepublik“ (S. 364). Nicht selten beriefen und berufen sich Befürworter wie Gegner von Reformen in gleicher Weise auf die Menschenwürde, so etwa in der Auseinandersetzung um ein Recht auf Abtreibung. Insgesamt steigerte sich die Sensibilität für Würdeverletzungen, was zu einer allmählichen Humanisierung des Strafvollzugs wie der Unterbringung psychisch kranker Menschen führte und auch zu einer substanziellen Verbesserung der Lebensbedingungen Behinderter beitrug.

Knoch sieht in der mittlerweile ubiquitären Berufung auf die Menschenwürde kein Problem: „Was von vielen als ein inflationärer Gebrauch kritisiert wird, lässt sich auch als Ausdruck einer zivilreligiösen Verankerung verstehen, die einer komplexen Gesellschaft angesichts großer Herausforderungen ein Minimum an Orientierung und Stabilität verleiht“ (S. 435).

Tatsächlich könnte gerade die Deutungs Offenheit der Menschenwürde ihren Sie-

geszug befördert und maßgeblich dazu beigetragen haben, dass die gesellschaftlichen Aushandlungs- und Verständigungsprozesse im Namen der Würde geführt und jeweils in bestimmten Phasen zu weithin akzeptierten, vorläufigen Abschlüssen gebracht werden konnten.

Kyrill Kunakhovich, *Communism's Public Sphere. Culture as Politics in Cold War Poland and East Germany*. Ithaca, NY, Cornell University Press Services
2023. 354 S., € 51,75. // DOI 10.1515/hzhz-2025-1048

Anita Krätzner-Ebert, Berlin

Kyrill Kunakhovich beleuchtet die komplexe Rolle der Kultur in den politischen Strukturen der beiden sozialistischen Staaten DDR und Volksrepublik Polen. Der Autor untersucht, wie kulturelle Institutionen und Akteure als Vermittler zwischen Staat, Partei und Gesellschaft fungieren sollten und damit die öffentliche Sphäre im Sinne von Jürgen Habermas veränderten. Kunakhovich möchte zeigen, dass Kultur im Kommunismus nicht nur staatlich gelenkt war, sondern auch als Arena diente, in der Bürger ihre Vorstellungen von Gemeinwohl artikulierten und verhandelten. Als Beispielstädte seiner Untersuchung wählt der Autor die kulturellen Zentren Krakau und Leipzig aus, die außerdem seit 1973 eine Städtepartnerschaft verband.

Ein zentrales Argument des Buches ist die politische Dimension der Kultur: Kulturelle Institutionen dienten demnach nicht nur der Verbreitung sozialistischer Ideologie, sondern boten auch Raum für regimekritische Stimmen. Künstler und Publikum beteiligten sich, so die These des Autors, an einem indirekten politischen Dialog, der durch die Rezeption von Kunstformen wie Theater, Musik und Literatur ausgedrückt wurde.

Der Verfasser teilt sein Buch in acht beschreibende, vergleichende und zugleich (nicht immer stringent geordnete) chronologische Kapitel, in denen er versucht, sowohl die Strömungen der Kulturpolitik Polens und der DDR als auch die künstlerisch-kulturellen Bewegungen und Reaktionen vergleichend zu analysieren. Ein besonderes Augenmerk legt er darauf, dass er seine Analysen in ein charakterisierendes, einem roten Faden folgendes Thema einbettet und seine Beispiele und Rezeptionen kennzeichnender Orte, Kunstwerke oder Szenen dieser Beschreibung unterordnet.

Allerdings wirft Kunakhovichs Darstellung Fragen auf. Seine Betonung der kulturellen Räume als politisch einflussreiche Sphäre erscheint gelegentlich zu verein-